

Absender

**Dienstleistungszentrum Personal
des Landes Schleswig-Holstein
Gartenstraße 6**

24013 Kiel

Datum:

Personalnummer:

Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid vom

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem o.g. Bescheid haben Sie meinen Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation für das Jahr 2023 abgelehnt. Ich halte die Ablehnung für nicht überzeugend und lege deshalb gegen Ihren Bescheid Widerspruch ein.

Sie führen aus, dass die mir gezahlte Besoldung der gesetzlich bestimmten Höhe entspricht. Das wird von mir nicht bestritten. Jedoch entsprechen das Schleswig-Holsteinische Besoldungsgesetz und die auf dieser Grundlage erfolgten Zahlungen nach meiner Überzeugung nicht den Anforderungen an die amtsangemessene Alimentation gem. Art 33 Abs. 5 GG.

Ich weise darauf hin, dass die entsprechenden Besoldungsvorschriften Gegenstand einer vom dbb sh initiierten Verfassungsbeschwerde sind, die beim Bundesverfassungsgericht unter dem Aktenzeichen 2 BvR 2217/22 eingetragen ist.

Ich bin mit der im Bescheid getroffenen Entscheidung deshalb nicht einverstanden und lege hiermit Widerspruch ein.

Eine ausführliche und weitergehende Begründung meines Widerspruchs werde ich wegen des komplexen Themas nachliefern und bitte daher um Fristverlängerung.

Gleichzeitig bitte ich, bis zu einer abschließenden Klärung der Umsetzung der Entscheidung durch den für meine Besoldung zuständigen Gesetzgeber und der Gewährung einer verfassungsrechtlich korrekten Alimentation meinen Antrag ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend zu bestätigen.

Ich bitte um eine ordnungsgemäße, Rechtsmittelbelehrung.

Mit freundlichen Grüßen